

Satzung

über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen (Verwaltungsgebührensatzung)

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und §§ 2 und 11 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat der Gemeinderat der Stadt Dornhan am 17. Januar 2011 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Gebührenpflicht

Die Stadt Dornhan erhebt für öffentliche Leistungen, die sie auf Veranlassung oder im Interesse Einzelner vornimmt, Gebühren nach dieser Satzung (Verwaltungsgebühren), soweit nicht Bundesrecht oder Landesrecht etwas anderes bestimmen. Unberührt bleiben Bestimmungen über Verwaltungsgebühren in besonderen Gebührensatzungen der Stadt.

§ 2

Gebührenfreiheit

(1) Verwaltungsgebühren werden nicht erhoben für öffentliche Leistungen, die folgende Angelegenheiten betreffen:

- a) Gnadensachen,
- b) das bestehende oder frühere Dienstverhältnis von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes,
- c) die bestehende oder frühere gesetzliche Dienstpflicht oder die bestehende oder frühere an Stelle der gesetzlichen Dienstpflicht geleistete Tätigkeit,
- d) Prüfungen, die der beruflichen Aus- und Weiterbildung dienen, mit Ausnahme von Prüfungen zur Notenverbesserung,

- e) Leistungen geringfügiger Natur, insbesondere mündliche und einfache Auskünfte, soweit bei schriftlichen Auskünften nicht durch diese Satzung etwas anderes bestimmt ist,
- f) die behördliche Informationsgewinnung,
- g) Verfahren, die von der Stadt ganz oder überwiegend nach den Vorschriften der Abgabenordnung durchzuführen sind, mit Ausnahme der Entscheidung über Rechtsbehelfe.

(2) Von der Entrichtung der Verwaltungsgebühren sind, soweit Gegenseitigkeit besteht, befreit

- a) das Land Baden-Württemberg,
- b) die landesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die nach den Haushaltsplänen des Landes für Rechnung des Landes verwaltet werden,
- c) die Gemeinden, Landkreise, Gemeindeverbände und Zweckverbände sowie Verbände der Regionalplanung in Baden-Württemberg.

Die Befreiung tritt nicht ein, soweit die in Satz 1 Genannten berechtigt sind, die Verwaltungsgebühren Dritten aufzuerlegen oder sonst auf Dritte umzulegen.

(3) Weitere spezialgesetzliche Gebührenbefreiungstatbestände bleiben unberührt.

§ 3

Gebührensschuldner

(1) Zur Zahlung der Verwaltungsgebühren und Auslagen ist derjenige verpflichtet

1. dem die öffentliche Leistung zuzurechnen ist,
2. der die Gebühren- und Auslagenschuld der Stadt gegenüber durch schriftliche Erklärung übernommen hat,
3. der für die Gebühren- und Auslagenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

(2) Mehrere Gebühren- und Auslagenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 4

Gebührenhöhe

- (1) Die Höhe der Verwaltungsgebühren richtet sich nach dem dieser Satzung beigefügten Gebührenverzeichnis. Das Gebührenverzeichnis ist Bestandteil der Satzung. Für öffentliche Leistungen, für die im Gebührenverzeichnis weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist, ist eine Gebühr von 3,00 Euro bis 2.800 Euro zu erheben.
- (2) Ist eine Verwaltungsgebühr innerhalb eines Gebührenrahmens zu erheben, bemisst sich ihre Höhe nach dem Verwaltungsaufwand sowie nach der wirtschaftlichen oder sonstigen Bedeutung für den Gebührenschuldner zum Zeitpunkt der Beendigung der öffentlichen Leistung.
- (3) Ist eine Verwaltungsgebühr nach dem Wert des Gegenstandes zu berechnen, so ist der Verkehrswert zur Zeit der Beendigung der Leistung maßgebend. Der Gebührenschuldner hat auf Verlangen den Wert des Gegenstandes nachzuweisen. Bei Verweigerung oder ungenügender Führung des Nachweises hat die Behörde den Wert auf Kosten des Gebührenschuldners zu schätzen. Sie kann sich hierbei Sachverständiger bedienen.
- (4) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung abgelehnt, wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von einem Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr, mindestens 3,00 Euro erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit abgelehnt, wird keine Gebühr erhoben.
- (5) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung, mit dessen sachlicher Bearbeitung begonnen ist, vor Erbringung der öffentlichen Leistung zurückgenommen oder unterbleibt die öffentliche Leistung aus sonstigen, vom Schuldner zu vertretenden Gründen, so wird je nach dem Stand der Bearbeitung ein Zehntel bis zur Hälfte der vollen Gebühr erhoben. Die Mindestgebühr beträgt 3,00 Euro.

§ 5

Entstehung der Gebühr

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.
- (2) Bei Zurücknahme eines Antrages nach § 4 Abs. 5 dieser Satzung entsteht die Gebührenschuld mit der Zurücknahme, in den anderen Fällen des § 4 Abs. 4 Satz 1 dieser Satzung mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.

§ 6

Fälligkeit, Zahlung

- (1) Die Verwaltungsgebühr wird durch schriftlichen oder mündlichen Bescheid festgesetzt und ist mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung an den Schuldner fällig.
- (2) Die Erbringung einer öffentlichen Leistung, die auf Antrag erbracht wird, kann von der Zahlung eines Vorschusses oder von der Leistung einer Sicherheit bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen abhängig gemacht werden. Dem Antragsteller ist eine angemessene Frist zur Zahlung des Vorschusses oder zur Leistung der Sicherheit zu setzen. Die Stadt kann den Antrag als zurückgenommen behandeln, wenn die Frist nicht eingehalten wird und der Antragsteller bei der Anforderung des Vorschusses oder der Sicherheitsleistung hierauf hingewiesen worden ist.
- (3) Ausfertigungen, Abschriften sowie zurückzugebende Urkunden, die aus Anlass der öffentlichen Leistung eingereicht worden sind, können bis zur Bezahlung der festgesetzten Gebühren und Auslagen zurückbehalten werden.

§ 7

Auslagen

- (1) In der Verwaltungsgebühr sind die der Stadt erwachsenen Auslagen inbegriffen. Übersteigen die Auslagen das übliche Maß erheblich, werden sie gesondert in der tatsächlich entstandenen Höhe festgesetzt. Dies gilt auch dann, wenn für eine öffentliche Leistung keine Gebühr erhoben wird.

- (2) Auslagen nach Absatz 1 Satz 2 sind insbesondere
- a) Gebühren für Telekommunikation
 - b) Reisekosten
 - c) Kosten öffentlicher Bekanntmachungen
 - d) Vergütungen für Zeugen und Sachverständige sowie sonstige Kosten der Beweiserhebung
 - e) Vergütungen an andere juristische oder natürliche Personen für Leistungen und Lieferungen
 - f) Kosten der Beförderung und Verwahrung von Personen und Sachen.
- (3) Auf die Erstattung von Auslagen sind die für Verwaltungsgebühren geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. Der Anspruch auf Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrags.

§ 8

Schlussvorschriften

- (1) Diese Satzung tritt am 1. Februar 2011 in Kraft.
- (2) Zu gleicher Zeit treten die Verwaltungsgebührensatzung einschließlich Gebührenverzeichnis (Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung) vom 31.07.2001 und alle sonstigen dieser Satzung entsprechenden oder widersprechenden Vorschriften außer Kraft.

Ausgefertigt!

Dornhan, den 18.01.2011

Markus Huber
Bürgermeister

Gebührenverzeichnis

Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung

Lfd. Nr.	Amtshandlung	Gebühr €
1.	<u>Allgemeine Gebühr</u> (§ 4 Abs. 1 Satz 3 der Satzung)	<i>3,00 bis 2800,00 €</i>
2.	<u>Anträge</u>	
2.1	Bearbeitung von mündlichen und schriftlichen Anträgen, Erklärungen, Gesuchen und dergl., die von der Gemeinde nicht in eigener Zuständigkeit zu bescheiden sind, soweit die Mitwirkung der Gemeinde nicht vorgeschrieben oder angeordnet ist.	<i>3,00 bis 120,00 €</i>
2.2	Ablehnung eines Antrags usw. (§ 4 Abs. 4 Satz 1 der Satzung), Bei Unzuständigkeit gebührenfrei.	<i>1/10 bis volle Gebühr, mindestens 3,00 €</i>
2.3	Zurücknahme eines Antrags	<i>1/10 bis 1/2 der vollen Gebühr, mindestens 3,00 €</i>
3.	<u>Auskünfte</u> insbesondere aus Akten und Büchern oder Einsichtnahme in solche. Mündliche Auskünfte sind gebührenfrei	<i>3,00 bis 90,00 €</i>
4.	<u>Befreiung</u> (Ausnahmebewilligung, Dispens) von gesetzlichen Vorschriften oder gemeindlichen Bestimmungen	<i>6,00 bis 600,00 €</i>
5.	<u>Beglaubigungen, Bestätigungen</u>	
5.1	Amtliche Beglaubigung von Unterschriften, Handzeichen und Siegeln	<i>3,00 bis 60,00 €</i>
	Werden mehrere Unterschriften gleichzeitig in einer Urkunde beglaubigt oder wird die Unterschrift einer Person mehrfach auf verschiedenen Urkunden, aber aufgrund eines gleichzeitig gestellten Antrags beglaubigt, so kommt nur für die erste Unterschrift die volle Gebühr, für jede weitere die Hälfte der für die erste erhobenen Gebühr zum Ansatz	

beglaubigt, so kommt nur für die erste Unterschrift die volle Gebühr, für jede weitere die Hälfte der für die erste erhobenen Gebühr zum Ansatz.

- | | | |
|-----------|---|--|
| 5.2 | Amtliche Beglaubigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Urschrift je Seite | <i>3,00 bis 10,00 €,
je weitere Seite 0,50 €</i> |
| 5.3 | Bestätigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Urschrift je Seite | <i>3,00 bis 10,00 €
je weitere Seite 0,50 €</i> |
| 5.4 | Wird die Abschrift, Ausfertigung, Fotokopie usw. von der Stadt selbst hergestellt, so kommen die Schreibgebühren (Nr. 10) hinzu. | |
| 6. | <u>Bescheinigungen</u> | |
| 6.1 | Bestätigungen, Zeugnisse, Atteste, Ausweise aller Art (auch Zweit- und Mehrfertigungen, soweit nichts anderes bestimmt ist) | <i>6,00 bis 60,00 €</i> |
| 6.2 | Gebührenfrei sind Bestätigungen, die die Stadt für den Empfang und die Verwendung von Zuwendungen für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne des Einkommen- und Körperschaftsteuerrechts (z.B. §§ 10 b EStG, 9 Nr. 3 KStG) ausstellt (Spendenbescheinigungen). | |
| 7. | <u>Genehmigungen, Erlaubnisse, Zulassungen, Konzessionen, Bewilligungen und dergl.</u>
aller Art, soweit nichts anderes bestimmt ist | <i>6,00 bis 60,00 €</i> |
| 8. | <u>Gutachten</u>
(Augenscheinnahme) nach dem Wert des Gegenstandes: mindestens je angefangene halbe Stunde | <i>17,00 €</i> |
| 9. | <u>Rechtsbehelfe</u>
(Widerspruch, Einspruch in Wahlanfechtungsverfahren, Gegenvorstellung, Dienstaufsichtsbeschwerde usw.) | |

- | | | |
|-----|--|---|
| 9.1 | wenn die Rechtsbehelfe im Wesentlichen als unzulässig oder unbegründet zurückgewiesen werden oder wenn die Gebühr einem Gegner auferlegt werden kann, der die angefochtene Verfügung oder Entscheidung beantragt hat | <i>12,00 bis 600,00 €</i> |
| 9.2 | bei Zurücknahme der Rechtsbehelfe, wenn kein Grund vorliegt, von einem Gebührenansatz abzusehen, (§ 4 Abs. 4 Satz 3 der Satzung) | <i>1/10 bis 1/2 der Gebühr nach 9.1</i>

<i>mindestens 3,00 €</i> |

10. Schreibgebühren

- | | | |
|--------|--|-----------------------|
| 10.1 | Ausfertigungen und Abschriften oder Auszüge aus Akten, Protokollen von öffentlichen Verhandlungen, amtlichen Büchern, Registern usw. (sofern sie nicht durch Ablichtung hergestellt wurden), die auf Antrag erteilt werden, je angefangene Seite DIN A 4 (der Ausfertigungs- und Beglaubigungsvermerk wird mitgerechnet) | |
| 10.1.1 | für Schriftstücke, die in deutscher Sprache abgefasst sind | <i>8,00 €</i> |
| 10.1.2 | für Schriftstücke, die in fremder Sprache abgefasst sind | <i>11,00 €</i> |
| 10.1.3 | Für Schriftstücke in tabellarischer Form, Verzeichnisse, Listen, Rechnungen, Zeichnungen, wissenschaftliche Texte wird die Schreibgebühr nach dem Zeitaufwand berechnet, der zur Herstellung benötigt wird. Sie beträgt für jede angefangene Viertelstunde | <i>8,00 €</i> |
| 10.2 | Für Ablichtungen (Fotokopien) und mittels Textautomat erstellte Mehrstücke werden erhoben | |
| 10.2.1 | bei einem Format bis zu DIN A4 für die erste Seite für jede weitere Seite | <i>0,50 €, 0,50 €</i> |
| 10.2.2 | bei einem größeren Format für die erste Seite für jede weitere Seite | <i>1,00 €, 1,00 €</i> |

11. Baugesetzbuch

Ausstellung eines Negativzeugnisses nach § 28 Abs. 1 BauGB (Nichtausübung oder Nichtbestehen des Vorkaufsrechts)

gebührenfrei

12. Bauordnungsrecht

- 12.1 Bestätigung des Zeitpunkts des Eingangs der vollständigen Bauvorlagen im Kenntnissgabeverfahren (§ 53 Abs. 3 Nr. 1 LBO) *0,5 v. T. d. Baukosten bzw. Abbruchkosten, mind. 25,00 €*
- 12.2 Mitteilung nach § 53 Abs. 4 LBO *wie 12.1*
- 12.3 Benachrichtigung der Angrenzer im Kenntnissgabeverfahren (§ 55 LBO) *5,00 € je zu benachrichtigendem Angrenzer, mind. 25,00 €*

13. Bestattungsrecht

- 13.1 Ausstellung eines Leichenpasses (§§ 44 und 45 Bestattungsgesetz) *10,00 €*
- 13.2 Unbedenklichkeitsbescheinigung für Feuerbestattung (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 Bestattungsverordnung) *10,00 €*
- 13.3 Schriftliche Urnenanforderung *10,00 €*

14. Feiertagsrecht

- 14.1 Befreiung von verbotenen Tätigkeiten während des Hauptgottesdienstes (§§ 7 Abs. 2, 12 Abs. 1 Feiertagsgesetz) *45,00 €*
- 14.2 Befreiung vom Tanzverbot an bestimmten Feiertagen (§§ 11, 12 Abs. 1 Feiertagsgesetz)
- 14.2.1 pro Tag, an dem Tanzveranstaltungen von 3.00 bis 24.00 Uhr verboten sind *22,00 €*
- 14.2.2 pro Tag, an dem Tanzveranstaltungen während des ganzen Tages verboten sind *22,00 €*

15. Fischereischeine

15.1	Erteilung von Fischereischeinen einschließlich Ersatzfischereischeinen (§ 31 FischG):	
15.1.1	Jahresfischereischein	20,00 €
15.1.2	Fischereischein auf Lebenszeit	20,00 €
15.1.3	Jugendfischereischein	8,00 €
15.2	Einziehung der Fischereiabgabe bei Fischereischeinen auf Lebenszeit (die erstmalige Einziehung ist gebührenfrei)	3,00 €

16 Fundsachen

Aufbewahrung einschließlich Aushändigung an den Verlierer, Eigentümer oder Finder

16.1	bei Sachen bis zu 500.-- € Wert	8,00 €
16.2	bei Sachen über 500.-- € Wert	17,00 €

17. Gewerbesachen

17.1	Erteilung einer Empfangsbescheinigung (§ 15 Abs. 1 GewO)	11,00 €
17.2	Erteilung von Auskünften aus der Gewerbebehörde	8,00 €
17.3	Spiele	
17.3.1	Erlaubnis zur Aufstellung von Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit (§ 33 c Abs. 3 GewO)	90,00 €
17.3.2	Bestätigung gemäß § 33 c Abs. 3 GewO	45,00 €
17.3.3	Erlaubnis zur Veranstaltung von anderen Spielen mit Gewinnmöglichkeit (§ 33 d Abs.1 GewO)	120,00 €
17.4	Erlaubnis zum Betrieb des Pfandleih- oder Pfandvermittlungsgewerbes (§ 34 Abs. 1 GewO)	180,00 €
17.5	Erlaubnis zum Betrieb des Versteigerergewerbes (§ 34 b Abs. 1 GewO)	180,00 €

17.6	Erlaubnis zu Veranstaltungen nach § 33 a GewO)	180,00 €
17.7	Erlaubnis zum Betrieb des Bewachungsgewerbes (§ 34 a Abs. 1 GewO)	180,00 €
17.8	Erlaubnis zum Betrieb des Versteigerergewerbes (§ 34 b Abs. 1 und 2 GewO)	180,00 €
17.9	Öffentliche Bestellung von Versteigern (§ 34 b Abs. 5 GewO)	180,00 €
17.10	Erlaubnis für das gelegentliche Feilbieten von Waren (§ 55 a Abs. 1 GewO)	120,00 €
17.11	Erteilung einer Spielerlaubnis gemäß § 60 a Abs. 2 GewO	120,00 €
17.12	Festlegung von Wochenmärkten (§ 69 Abs. 1 GewO)	180,00 €
18.	<u>Geschäftsstelle des Gutachterausschusses</u>	
18.1	Auskunft aus der Kaufpreissammlung	22,00 €
18.2	Auskunft über Bodenrichtwerte	25,00 €
19.	<u>Amtshandlungen im Kirchenaustrittsverfahren</u> je Person	25,00 €
20.	<u>Immissionsschutzrecht</u> Erteilung von Ausnahmen nach § 7 Abs. 2 der 32. BImSchVO	180,00 €
21.	<u>Ladenöffnungsgesetz</u> Ausnahmeerteilung vom Verbot des gewerblichen Feilhaltens von Waren außerhalb von Verkaufsstellen (§ 9 Abs. 4 LadÖG)	180,00 €
22.	<u>Melderecht</u>	
22.1	Auskünfte aus dem Melderegister	
22.1.1	einfache Auskunft (§ 32 Abs. 1 Meldegesetz - MG)	6,00 €
22.1.1.1	elektronische einfache Auskunft über das Meldeportal (§ 32 a Abs. 1, 3 i.V.m. § 32 Abs. 1MG)	5,00 €
22.1.2	erweiterte Auskunft (§ 32 Abs. 2 MG)	11,00 €

22.1.3	Gruppenauskunft (§ 32 Abs. 3, § 34 Abs. 1, 2 und 3 MG)	<i>8,00 € je 1/4 Std. Amtshandlung der Abt. Bürgerbüro</i>
22.2	Datenübermittlungen	
22.2.1	Datenübermittlung an Behörden und sonstige öffentliche Stellen, (§ 29 MG) und an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften (§ 30 MG)	<i>8,00 € je 1/4 Std. Amtshandlung der Abt. Bürgerbüro</i>
22.2.2	Regelmäßige Datenübermittlung an den Südwestrundfunk bzw. an die Gebühreneinzugszentrale (§ 35 MG)	<i>jeweils 0,15 € für jede Person auf die sich die Datenübermittlung erstreckt</i>
22.3	Ausstellung einer Wählbarkeitsbescheinigung (§10 Abs. 4 KomWG)	<i>11,00 €</i>
22.4	Sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde Zusätzliche Meldebestätigungen und sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde je Bescheinigung Werden mehrere gleichlautende Bescheinigungen gleichzeitig beantragt, so ermäßigt sich die Gebühr für jede weitere Bescheinigung auf die Hälfte.	<i>6,50 €</i>
22.5	Sonstige Amtshandlungen der Meldebehörde (je 1/4 Std. Amtshandlung)	<i>8,00 €</i>
22.6	Gebührenfrei sind:	
22.6.1	die Bearbeitung einer Meldung oder Anzeige sowie die Meldebestätigung	
22.6.2	die Auskunft an den Betroffenen (§ 11 MG)	
22.6.3	die Berichtigung, Ergänzung, Sperrung und Löschung von Daten des Melderegisters (§§ 12, 13 MG)	
22.6.4	die Unterrichtung des Betroffenen über die zu seiner Person erteilten erweiterten Melderegisterauskünfte (§ 32 Abs. 2 Satz 4 MG)	
22.6.5	die Einrichtung von Übermittlungssperren (§ 30 Abs. 2 Satz 3, § 33, § 34 Abs. 4 Sätze 1 bis 3 MG)	

23.	<u>Sammlungswesen</u>	
	Erlaubnis nach § 3 Sammlungsgesetz	40,00 €
24.	<u>Straßenrechtliche Sondernutzung</u>	
	Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung einer Straße über den Gemeingebrauch hinaus	25,00 €
	Plakatierung	15,00 €
25.	<u>Gaststättenrecht</u>	
	Gestattungen gemäß § 12 GastG bis zu 4 Tagen	17,00 €
	Sperrzeitverkürzung bei einzelnen Betriebe für einzelne Tage	17,00 €